



Windräder drehen sich vor dem RWE-Braunkohle-Kraftwerk Niederaußem. Der neue Wirtschaftsminister will mehr Marktwirtschaft in der Energiewende.

Foto: dpa

# »Energiewende falsch angefangen«

Wirtschaftsminister Andreas Pinkwart (FDP) über das Reformprogramm der NRW-Regierung

Düsseldorf (WB). Mehr Marktwirtschaft bei der Gestaltung der Energiewende, schnelleren Breitbandausbau, weniger Bürokratie – das verspricht die neue Landesregierung den Unternehmen in Nordrhein-Westfalen. Mit Wirtschaftsminister Prof. Andreas Pinkwart (56, FDP) sprachen Bernhard Hertlein und Hilmar Riemenschneider.

Die ersten Schritte eines neuen Wirtschaftsministers werden besonders beobachtet. In Ostwestfalen-Lippe ist schon genau registriert worden, dass Sie, Herr Pinkwart, für Ihre Gründerinitiative die Region Aachen-Bonn-Köln-Düsseldorf ausgewählt und den Begriff »Rheinisches Silicon Valley« geprägt haben. OWL ist schon Spitzencluster. Muss die Region fürchten, gegenüber dem Rheinland vernachlässigt zu werden?

**Andreas Pinkwart:** Natürlich nicht. Wir brauchen in NRW Regionen, die vorangehen. Der Regierungsbezirk OWL mit seinem Schwerpunkt Factory 4.0 gehört dazu. Diejenigen, die sich an meine Amtszeit als Landesminister von 2005 bis 2010 erinnern, wissen, wie ich mich für die Ansiedlung eines Fraunhofer- oder Max-Planck-Instituts in der Region eingesetzt habe. Heute sind wir viel weiter. Aber auch damals habe ich zuerst eine Rede in Köln vor Vertretern der Kommune, Unternehmen und Universitäten gehalten, die die Betroffenen aufgerüttelt und an einen Tisch gebracht hat. Sie wurde, was gar nicht geplant war, auch in OWL gehört, wo man sofort die richtigen Schlüsse gezogen hat. Das hat mir gefallen. Das Spitzencluster »it's OWL« ist erfolgreich und muss weitergehen. Vom Landtag wurde bereits vom Grundsatz beschlossen, das Projekt in den kommenden fünf Jahren erneut zu unterstützen. Wir werden dafür sorgen, dass die benötigten Mittel in den Haushalt eingestellt werden. Das Spitzencluster sucht seinesgleichen in Deutschland. Es muss und wird weiter entwickelt werden.

In welche Richtung?

**Pinkwart:** Natürlich in Richtung Digitalisierung der Produktion, kurz Factory 4.0. Was die Details betrifft, so sind wir in engen Gesprächen mit der Region. Die Unternehmen, darunter sehr viele Hidden Champions, haben schon bisher neben vielen Ideen und großem Engagement auch viel Geld in das Spitzencluster eingebracht. Ich vertraue darauf, dass sie schon wissen, was sie wollen und was gut für die Wirtschaft ist. Mit einer Ausweitung auf kleinere und mittelständische Unternehmen könnte »it's OWL« auf eine noch breitere Basis gestellt werden. Dass die neue Regierung um die Bedeutung der Region weiß, zeigt sich im Übrigen daran, dass die Einrichtung einer medizinischen Fakultät an der Universität Bielefeld Bestandteil der Koalitionsvereinbarung ist.

Der neue Landesentwicklungsplan NRW benachteiligt aus Sicht der Wirtschaft Regionen wie OWL, weil es dort viel weniger Industriebrachen gibt als etwa im Ruhrgebiet. Unternehmen, die am Standort in OWL investieren wollen, sprechen beim LEP sogar von einem Entwicklungsverbotsplan des Landes. Planen Sie Korrekturen?

**Pinkwart:** Ja, auf jeden Fall – im Rahmen des bestehenden Landesentwicklungsplans. Die Regierung wird zudem auf dem Verordnungsweg und im Rahmen von Durchführungsbestimmungen sicherstellen, dass die Entwicklungsmöglichkeiten des ländlichen Raums verbessert werden.

Welche sind aus Ihrer Sicht die drei wichtigsten Themen, die die Unternehmen in NRW aktuell beschäftigen – und die darum auch die Landesregierung beschäftigen sollten?

**Pinkwart:** Erstens Digitalisierung, zweitens Globalisierung mit den zu befürchtenden Einschränkungen des Freihandels und drittens der technologische Wandel. In jedem Fall müssen die Unternehmen, aber eben auch die Politik schneller reagieren. Nur wenn wir unsere Strukturen so ändern, dass wir schneller werden, können wir NRW zu einem attrakti-

ven Industriestandort des 21. Jahrhunderts weiterentwickeln. Einen vierten Punkt möchte ich gern ergänzen: Wir müssen die PS auf die Straße bringen. Das heißt für mich, der Weg zwischen universitärer Forschung und den Unternehmen ist vielfach noch zu lang. Da ist noch richtiges Verbesserungspotenzial.

Beim Thema Nummer 1, Digitalisierung, beklagen viele Unternehmen gerade in ländlichen Räumen den schleppenden Breitbandausbau. Wie wollen Sie diesen beschleunigen? Reichen die Fördermittel aus?

**Pinkwart:** Wir knüpfen an das an, was die Vorgängerregierung erreicht hat und sind in engem Dialog mit den Breitbandkoordinatoren in den Städten und Kreisen. Leider haben die Kommunen zu Beginn des Bundesförderprogramms weniger Anträge gestellt, als wünschenswert gewesen wäre. Inzwischen läuft es besser. Und wir setzen gemeinsam mit den Kommunen alles daran, in der nächsten Vergaberunde möglichst viele weiße Flecken zu schließen. Dabei setzen wir in größerem Maßstab auf Glasfaser.

Mehr Geld abgreifen ist gut. Aber wie steht es mit Mitteln aus dem NRW-Haushalt?

**Pinkwart:** Im Koalitionsvertrag haben wir sieben Milliarden Euro für den Breitbandausbau bis 2025

vereinbart. Da sind Gelder von der EU und dem Bund inbegriffen. Auf den Landshaushalt entfallen 2,3 Milliarden Euro. Das ist deutlich mehr, als bisher vorgesehen war.

Wie schnell setzen Sie Ihren Plan um, den Mindestabstand neuer Windkraftanlagen zur nächsten Wohnsiedlung auf 1,5 Kilometer zu vergrößern?

**Pinkwart:** Das machen wir so schnell wie möglich. Und wir machen es so, dass die geplanten Neuregelungen auch vor den Gerichten Bestand haben.

Investoren haben ihre Entscheidungen unter anderen Voraussetzungen gefällt.

**Pinkwart:** Bestehende und schon genehmigte Windkraftanlagen haben natürlich Bestandschutz. Das schließt auch das sogenannte Repowering, also den Ersatz durch leistungsstärkere Anlagen an gleicher Stelle, ein.

Und die Braunkohle?

**Pinkwart:** Sie ist nur eine Übergangsenergie, auf die wir allerdings noch eine Weile angewiesen sind. Im Übrigen verfahren wir bei der Braunkohle genauso, wie es auch die rot-grüne Regierung geplant hat.

Das gilt auch für Fracking?

**Pinkwart:** Ja. Wir sehen keine Veranlassung, die bestehenden Regelungen zu ändern.

Viele haben den Eindruck, die neue Regierung will in der Energiepolitik den Rückwärtsgang einlegen.

**Pinkwart:** Die Energiewende wurde falsch angefangen. Deshalb brauchen wir keinen Rückwärtsgang, aber einen Neustart. Statt zu subventionieren, müssen wir stärker marktwirtschaftliche Anreize schaffen, zum Beispiel für das Anlegen von Energiespeichern. Die Energieversorger müssen zudem flexibler werden. Für Aluminiumhütten, Zementwerke und andere energieintensive Betriebe macht es Sinn, die Produktion dann in die Höhe zu fahren, wenn starker Wind mehr Strom produziert und für niedrigere Strompreise sorgt. So funktioniert Marktwirtschaft, und so wird auch die Energiewende besser gelingen. Derzeit bezahlen wir auch für Windkraftanlagen, deren Strom wir gar nicht abnehmen können.

OWL war auch schon mal erst in NRW und dann sogar bundesweit Modellregion für Bürokratieabbau. Das Thema haben auch Sie sich auf die Fahne geschrieben. Welche konkreten Pläne verfolgen Sie?

**Pinkwart:** Zunächst wollen wir das Gründen einfacher und digitaler machen. Die Länge der Genehmigungsverfahren muss verkürzt werden. Regelungen schaffen Sicherheit, aber sie dürfen Investitionen nicht verhindern. Es kann nicht sein, dass – wie im Fall Opel in Bochum – ein Industriegebiet in seiner Nutzung eingeschränkt wird, weil ein Werk schließt und ein neuer Investor kommt.

Planen Sie weitere Anreize für Existenzgründer?

**Pinkwart:** Da führen wir gerade intensive Gespräche mit den Betroffenen und bitten um Anregungen, wie wir sie von unnötiger Bürokratie befreien können. Und wir wollen die Digital Hubs ausbauen, in denen Gründer, Mittelständler und klassische Industrie sich vernetzen und digitale Geschäftsmodelle entwickeln können. Das ist nicht nur für die Existenzgründer gut, sondern auch für etablierte Betriebe, die aber alle durch die Digitalisierung und Globalisierung herausgefordert sind.



Wirtschaftsminister Andreas Pinkwart (FDP) gehörte schon von 2005 bis 2010 der NRW-Landesregierung an. Foto: imago